

AMT DER WIENER  
LANDESREGIERUNG

und

MD-Verfassungs-  
Rechtsmittelbüro  
1082 Wien, Rathaus  
40 00-82 332

MD-VfR - 670/99

Wien, 26. Mai 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem ein Bundesgesetz zu  
Bestimmungen der Europäischen  
Union über kapazitätsbezogene  
Maßnahmen für die Binnen-  
schifffahrtsflotten der Ge-  
meinschaft zur Förderung des  
Binnenschiffsverkehrs erlassen,  
das Bundesfinanzierungsgesetz  
geändert und das Bundesgesetz  
über die Strukturbereinigung in  
der Binnenschifffahrt außer  
Kraft gesetzt wird (Binnenschiff-  
fahrtsfondsgesetz);  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu GZ. 553.012/34-II/18/98

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Verkehr

Zu dem mit Schreiben vom 20. April 1999 übermittelten Ent-  
wurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängi-  
gen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Art. I § 1 Abs. 1 des Entwurfes verweist auf das Bundesge-  
setz über die Strukturbereinigung in der Binnenschifffahrt,  
BGBl. Nr. 386/1996, mit dem seinerzeit der "Österreichische  
Abwrack-

- 2 -

fonds für die Binnenschifffahrt" errichtet und Organisationsbestimmungen für den Fonds erlassen wurden. Das erwähnte Bundesgesetz soll allerdings gleichzeitig mit Inkrafttreten der neuen Regelungen (Art. III) außer Kraft treten. Damit wäre aber auch der zeitliche Geltungs- und Anwendungsbereich des Gesetzes beendet, sodaß im Entwurf neuerlich entsprechende Vorschriften z.B. über die Vertretung nach außen oder die Rechtspersönlichkeit des Fonds vorzusehen wären.

Zu den Strafbestimmungen in Art. I § 8 des Entwurfes ist anzumerken, daß die völlig undifferenzierte Festlegung einer Höchststrafe von 1.000.000,-- ATS bzw. 75.000,-- EURO ab dem 1. Jänner 2002, im Hinblick auf das sich aus dem Gleichheitsgrundsatz ergebende Sachlichkeitsgebot problematisch erscheint. Außerdem sollte im Hinblick auf die Höhe der Strafdrohung nochmals geprüft werden, ob es nicht die aus Art. 91 B-VG abzuleitenden Grundsätze gebieten, die Zuständigkeit eines Gerichtes vorzusehen.

Abschließend ist noch anzumerken, daß die rechtstechnische Gestaltung des Art. III ("Außerkräfttreten bestehender Rechtsvorschriften") im Hinblick auf die Gliederung nicht den legislatischen Richtlinien entspricht.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Aus-

- 3 -

fertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Der Bereichsdirektor:

MOK Mag. Magesacher

Dr. Ponzer